

die städtischen Behörden.

Das „**Namslauer Stadtblatt**“ erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle bezogen durch unsere Zweigstellen 2,25 Mk., ins Haus geliefert 2,55 Mk., durch die Post bezogen mit Abtrag 2,69 Mk. vierteljährlich. Einzelne Nummer 10 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 25 Pf.

Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung bezw. gerichtlicher Betreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.



Für die 8gehaltene Korpuskelle oder deren Raum 20 Pf., für Auswärtige 25 Pf., im Metrameter (am Schluß des reaktionellen Teils) die 30haltige Bechelle 50 Pf. — **Schluß der Anzeigennahme 9 Uhr vorm. vor dem Ercheinungsstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor** — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewehr übernommen.

Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.
Vollagegebühr nach Vereinbarung.

Fernsprecher 224.

1919

vorgelegt worden:

Der Verfassungsausschuß der versammlenden Nationalversammlung befragt es als einen bedeutsamen Fortschritt auf dem Wege zur Vereinigung zwischen dem Deutschen Reich und Deutsch-Oesterreich, daß zwei Regierungsräte aus Deutsch-Oesterreich an seinen Verhandlungen teilnehmen. Er erwartet, daß die Besprechungen der beiden Regierungen so reich durchgeführt werden, daß auch Abgeordnete Deutsch-Oesterreichs an den Verhandlungen der Nationalversammlung teilnehmen können. Die Nationalversammlung wird sich für die Unterstützung der Bitte um Einberufung des ganzen Volkes freuen, wenn sie bei den Bestimmungen auf die besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutsch-Oesterreichs Rücksicht nimmt.

(Zur Begründung der Erklärung fährt Abg. v. Baummann (Dm.) aus: Da wir von Deutsch-Oesterreich den Wunsch hören, in das Deutsche Reich aufgenommen zu werden, so muß auch in Deutschland die Antwort hinführlig sein. Ich bin und verbleibe vollkommen! Das ist der Sinn der Erklärung. Die Bewegung, die über unsere Verfassung müssen immerfort durchdringen, ist sowohl dem Gedanken, daß Deutsch-Oesterreich nur zu uns gehört. Deshalb begünstigt die Erklärung zuerst die Mitarbeit deutscher-Oesterreicher Regierungsvertreter am Verfassungsausschuß und spricht zweitens den Wunsch aus, daß bald auch deutsch-Oesterreichliche Volksvertreter mit uns hier tagen und beraten sollen. Drittens erklären wir gemeinsam und öffentlich, daß wir auch die besonderen wirtschaftlichen Schwächen des Deutsch-Oesterreichs Mithilfe nehmen wollen. Wir wollen in Kürze wieder eines gemeinsamen Staates sein mit der halbwilligen Mithilfe eines der seinen Zweck mit den anderen. Die Oesterreicher werden sich bei der bevorstehenden Vereinigung an viele Veränderungen gewöhnen müssen. Dafür sollen sie aber auch das höhere Geistesgewinnen, daß sie der Heimat entgegengehen und nicht in die Fremde. Wir alle betrachten sie als Brüder und erwarten von den heiderseitigen Unterhändlern, daß sie nicht nur Händler und Wegzehr sind, sondern das Herz mitnehmen lassen und der Zukunft der Nation dienen. Den Lösungen der Entente gegenüber ist es unsere Aufgabe, den Deutsch-Oesterreichern mit größerer Deutlichkeit als bisher zu sagen, wie sie bel und aufgenommen werden.

Der Vertreter des Auslandstigen Knuts, Edl. Geh. Rat von Köner, gibt vertraulich Auskunft über die Verhandlungen mit den Vertretern Deutsch-Oesterreichs. Der Regierungsbotschafter teilt weiter mit, daß zur Vorbereitung des Zusammenkunftes kommissarische Beratungen eingeleitet worden sind, welche teils in Berlin, teils in Wien stattfinden werden und die Ausgleichung zwischen beiden Teilen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, sozialpolitischen, kulturellen und Reichslebens zum Gegenstand haben sollen.

Der Vertreter Deutsch-Oesterreichs, Dr. Rudolph Hartmann, dankt für die freundliche Begrüßung und für die Erklärung des Ausschußes. Er hebt in seinen weiteren Ausführungen hervor, daß die brüderlicheren Geistes zwischen des Auswärtigen Amtes, insbesondere von Erziehung und Börner, die Verhandlungen gefördert worden seien. (Beifall) Sehr wichtig sei das menschliche Entgegenkommen, das durch die Revolution auch für die Zukunft gewährleistet sei und nicht minder der Wunsch, daß deutsch-oesterreichliche Abgeordnete schon an den Versammlungen im Plenum teilnehmen sollen. Börner verweist am Schluß noch darauf, daß die künftigen Vertreter Deutsch-Oesterreichs schon in geistlicher Form erklärt hätten, daß Deutsch-Oesterreich ein Gliedstaat des Deutschen Reiches sei. Er empfiehlt den Antrag Glanemann zur Annahme.

Nach einer Erwiderung des Präsidenten Haupmann erfolgt die Annahme der Erklärung durch die Stimmen sämtlicher Ausschußmitglieder. (Beifall.)

Präsident Neumann: Ich stelle die einstimmige Annahme der Erklärung fest mit der Bitte, es möchte die hier niedergelegte Sympathie nach Deherres mitgeteilt werden. Wir nehmen den Wunsch baldigen Zusammenarbeitens in fester Erwartung. An Stelle des 1918 gesprochenen Wortes von der Vertiefung des Bündnisses ist die bestimmte Erwartung von der Erhöhung des gemeinsamen Gemeinschafts getreten, der wir vereinigen und uns ein großartiges Vaterland bringen soll. (Seitfall.)

Die Vorbereitung des Präliminarfriedens

Eine Kaiser Deputation reist aus Paris, das der Präsident Wilson seit dem 18. März mehrere Konferenzen mit den Ministerpräsidenten Frankreichs, Englands und Italiens abgesetzt hat und ist nach einer offiziellen Mitteilung in den französischen Zeitungen ein grundlegendes Einverständnis zwischen den Verbandsmächten erzielt worden. Es dürfte danach auf die Erneuerung der Brest-Litowsker Ratschläge beruhen, und die Grundlage für einen wirklichen Bräutigam der Welt sein. Dieser Bräutigam soll nicht nur die militärischen und humanitären Forderungen der Verbandsmächte enthalten, sondern er soll auch die Grenzen des Deutschen Reiches und die Kriegsentädigung und den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund unter bestimmten Bedingungen bestimmen. Dieser Bräutigam der Welt soll Deutschland spätestens in drei Wochen unterbreitet werden, er würde aber gleichbedeutend mit dem wirklichen Frieden, der nun noch der Ausarbeitung in den einzelnen Punkten bedürftig, ist.

Nach Genfer Dreyßigen aus Newyork rechnet man in Amerika mit einer Erweiterung des Lebensmittelaufkommens zur Verjorgung Deutschlands und O'-berreichs mit Lebensmitteln. Die meisten flämarikanifchen Länder haben auch bereits bei den nordamerikanifchen und englifchen Regierung den Antrag geftellt, daß die direkten Schiffslieferungen mit Lebensmitteln nach den deutlichen und O'-berreichlichen Häfen wieder zu-ge-laffen werden follen. Es wird auch erwartet, daß deutliche Schiff fehr bald zur Lebensmittellieferungen aus Amerika zur Verfügung ftehen follen.

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung hat in den letzten Tagen seine Beratungen fortgesetzt und die Artikel 16, 17 und 18 in ihrer Fassung erledigt. Der Artikel 16 stellt die Gleichberechtigung des Deutschen Reichs nach den Bundesstaaten fest und können andere Scheitel-Einstellungen stattfinden, wenn die davon betroffene Bevölkerung der Annahme zustimmt. Der Artikel 17 des Verfassungsentwurfs fordert für jeden Bundesstaat eine freistehende Landesverfassung, nach welcher die Volksvertretung nach allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht von Männern und Frauen nach dem Grundsatz der Verhältniswahl zu wählen ist und die Landesregierung dem Vertrauen der Volksvertretung bedarf. Der Artikel 17 der Vorlage enthielt über Verfassungs-Rechtigkeiten innerhalb des Bundesstaates, sowie über Streitigkeiten zwischen dem Reich und den Bundesstaaten. Zur Schlichtung dieser Streitigkeiten wurde ein Bundesgericht geschaffen, welches die Streitigkeiten zwischen dem Reich und den Bundesstaaten, sowie über Streitigkeiten zwischen dem Reich und den Bundesstaaten. Zur Schlichtung dieser Streitigkeiten wurde ein Bundesgericht geschaffen, welches die Streitigkeiten zwischen dem Reich und den Bundesstaaten, sowie über Streitigkeiten zwischen dem Reich und den Bundesstaaten.

Ueber diese Frage und über den Inhalt des Artikels 90 des Reichsverfassungsgesetzes erklärt die „Deutsche Tageszeitung“, daß der Artikel zum Ausdruck bringen wird, daß es Aufgabe des Reichstages ist, die Eisenbahnen, soweit sie dem allgemeinen Reichsdienste dienen, in Reichsverwaltung zu übernehmen. Als äußerster Termin für die Übernahme sämtlicher Staatseisenbahnen jensei der Mitte April 1912 in Aussicht genommen. In allen Provinzen, Baden, Bayern, Preußen, Sachsen, Württemberg, sind die Eisenbahnen, die dem Reichsdienste dienen, auf dem Reichseisenbahngesetzsgesetz basierend, dem Reichsdienste zugeordnet. In den übrigen Provinzen, die dem Reichsdienste dienen, sind die Eisenbahnen, die dem Reichsdienste dienen, auf dem Reichseisenbahngesetzsgesetz basierend, dem Reichsdienste zugeordnet. In den übrigen Provinzen, die dem Reichsdienste dienen, sind die Eisenbahnen, die dem Reichsdienste dienen, auf dem Reichseisenbahngesetzsgesetz basierend, dem Reichsdienste zugeordnet.

Die preussische Landesversammlung hat am 20. März die Beratung der Entwurfs für eine provisorische Regierungsgesetzgebung beschlossen. Der Entwurf wurde wegen der Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten in brüderlicher Befugnis angenommen. Nach der Annahme des Entwurfs erklärte der Ministerpräsident gleich, daß die Regierung ihren Auftrag in die Hände der Landesversammlung zurücklege. Die Regierung wird jedoch ihre Minister solange weiterführen, bis ein neues Ministerium durch den Präsidenten der Landesversammlung auf Grund der vorläufigen Verfassung gebildet worden ist.

Es. Hochwoglgeboren hat durch die Zurechtfertigungstellung von Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung in Mannheim dem badischen Lande einen großen Dienst erwiesen. Nur auf die Mitwirkung dieser Truppen, deren tadellose Haltung ich mit Freuden anerkenne, ist es zuzuschreiben, daß der Einmarch der badischen Freiwilligenbatalione in Mannheim sich reibungslos vollziehen konnte. Im Namen des badischen Gesamtministeriums bezeuge ich mich Es. Hochwoglgeboren zu bitten, den verbindlichen Dank für die schnelle und tatkräftige Hilfe entgegenzunehmen zu wollen.

Witb. Berlin, 22. März. Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten hat das Kabinett am Sonnabend über die Aufgaben der Friedensdelegation eingehend beraten. Nach sorgfältiger Prüfung der in Frage kommenden Programme ist unter allen Anwesenden vollkommene Uebereinstimmung betrreffend diese für das deutsche Volk entscheidende Grundfragen erzielt worden.

W.6. Paris, 22. März. Havas. Der Oberste Kriegsrat
legte heute die Prüfung der polnischen Frage fort, ohne eine
Entscheidung zu treffen. Die Kommission für den Völkerver-
band hat die letzten Artikel des von der Friedenskonferenz
ausgearbeiteten Entwurfs. Eine längere Debatte entspann sich
über Artikel 16, der militärische, wirtschaftliche und andere
Zwangswaßnahmen gegen die widerrechtlichen Mächte über
Völkerverband unschwer. Der norwegische Gesandte in Paris
war an den Beratungen teilnahm voran, das nicht aber die
britische. Die norwegische Regierung hat sich für einen
wirtschaftlichen Völkerverband nicht zum Ziele gesetzt. Nach Robert
Grell führte aus, Artikel 16 solle nicht von 12, sondern
von 15 Nationen militärischer Machtvoll vor, es könne sich aber heraus-
stellen, daß zur Verwirklichung der wirtschaftlichen Völkerverband
deren Anwendung nötig ist. Der norwegische Vertreter schloß
folgenden Zusatz vor: Die kleinen Staaten können nicht gezwun-
gen werden, an militärischen Völkerverband gegen die Staaten
teilzunehmen, die nicht Mitglieder des Völkerverband sind. Lord
Robert G. erwiderte: Nach meiner Ansicht seien die kleinen
Nationen nur zu wirtschaftlichen Völkerverband gegen im Rump-
teil des Völkerverband liegende Nationen verpflichtet und von einer
militärischen Intervention entbunden.

1816. Berlin, 23. März. Heute fand hier im Zirkus auf der einen außerordentlich stark besuchte Protestversammlung gegen die Beschlüßnahme Deutschlands statt. Es sprachen die Abgeordneten v. Richthofen und Bismarck, Eduard Bernheim, der deutsch-interessirte Gesandte Professor von Hartmann, der Generalsekretär der evangelischen Arbeiter-Vereine, Küster, und Abgeordneter Dr. Max Pfeiffer. Die Redner betonten, daß sich der Protest nicht nur gegen die beabsichtigte Besetzung deutscher Gebiete in Ost und West vom deutschen Reich, sondern auch gegen die Waffenschafften richtet, durch die eine Vereinigung Deutsch-Ostpreussens mit Deutschland hintertreiben werden sollte. Zum Schluß wurde folgende von allen Rednern genehmigte Resolution verlesen, die mit einstimmigem Beifall von der Versammlung begrüßt wurde: Auf uns bekräftigten die Versammelten, daß Deutschland die Waffen niederlegt und sich zum Frieden bereit erklärt hat in Uebereinkunft mit dem Programm des Präsidenten Willen. Das deutsche Volk ist entschlossen, auf diesem Standpunkt zu beharren und die Friedensverhandlungen nur in dieser Richtung durchzuführen. Die Gesandten sind ebenso wie wir an das Willensge Programm verknüpft. Die Versammelten verlangen von den Friedensdelegierten und allen amtlichen Stellen, auf der feierlichen Aussage der Entente zu bestehen, daß der Friede nur unter Gleichberechtigung auf Grund der Verabbarung des Präsidenten Willen geschlossen werden darf. Sie weisen entschieden jede Beschränkung deutschen Landes und jeden Eingriff in innerdeutsche Verhältnisse zurück. Alle Gänge und Parteien sind sich einig, daß die Vergewaltigung des Deutschthums ebenso abzuwehren ist, wie die Vergewaltigung eines anderen Volkes. Ein Willen und ein Ziel ist in allen lebendig der Friede des Reichs und der Gerechtigkeit. Das deutsche Volk wird einen anderen Frieden niemals anerkennen. Hierauf begaben sich die Versammelten theilweise in einbräutlichem Zuge nach der Reichskanzlei, um der Reichsregierung von der gefaßten Entscheidung Mittheilung zu machen.

1815. Amsterdam, 22. März. Wie der Korrespondent eines auswärtigen Blattes von sehr gut unterrichteter Seite erfährt, hat der Generalrat folgende militärische und maritime Bedingungen, die Deutschland auferlegt werden sollen, endgültig angenommen. Die deutsche Armee soll aus höchstens 7 Divisionen Infanterie und 3 Divisionen Kavallerie, ausserdem 100 000 Mann

bestehen. Das Disziplinarbataillon darf 4000 Mann nicht überschreiten. In den verschiedenen Kriegsmilitärien dürfen nicht mehr als 300 Offiziere und 1/10 der Zivilbeamten von 1913 beschäftigt werden. Die Kriegsschule des Generalstabes und ähnliche Einrichtungen werden abgeschafft. Es wird nur eine Militärakademie zur Erhaltung von Offizieren oder Dienstwegen gestattet. Nebenvereine, Zentralkomitee und andere Organisationen, in denen militärische Übungen abgehalten werden, sind verboten. Alle Festungen innerhalb einer Strecke von 15 Meilen vom Rhein werden gestrichelt, neue Werke dürfen nicht angelegt werden. Die Kavallerie verfügt über 18 000 Karabiner, 36 schwere Maschinengewehre und 36 Feldgeschütze, schwere Artillerie ist verboten. Munitionsvorräte werden auf das Nötigste beschränkt, die Lage der Munitionsbereitschaft muss bekannt gegeben werden. Die Militärs behalten sich das Recht vor, die Zahl der Munitionsfabriken zu beschränken. Das über die festgelegte Menge hinausgehende Kriegsmaterial muss den Militärs ausgeliefert werden. Einfuhr und Ausfuhr von Kriegsmaterial mit Einschluß von Stützpunkten, Panzerwagen und Tanks ist verboten.

Die Marine darf aus 6 Schlachtschiffen der Deutschland- oder Lotbinger-Klasse, 6 leichten Kreuzern, 12 Zerstörern und 12 Zerstörerbooten bestehen. Für Panzerschiffe wird als größter Tonnengehalt 10 000, für leichte Kreuzer 6000 Tonnen, für Zerstörer 800 Tonnen, für Zerstörerboote 200 Tonnen festgesetzt. Schlachtschiffe oder Kreuzer dürfen erst dann erstellt werden, wenn sie 20 Jahre alt sind, Zerstörerboote wenn sie 15 Jahre alt sind.

Das Personal der Marine wird auf 15 000 Mann mit Einschluß von 15 000 Offizieren beschränkt. Alle Hilfskreuzer, die abgerüstet werden können, werden handelschifflich, alle U-Boote müssen ausgeliefert werden. Der Bau von neuen U-Booten ist verboten. Die Befehlshaber, die die Zugänge zur Ostsee beaufsichtigen, werden gestrichelt.

Abwendung des Eisenbahner-Streiks in Breslau.

Der Streik mit 4788 gegen 770 Stimmen abgelehnt. Schiffsrauschen in letzter Stunde ist der drohende Streik der Breslauer Bahnarbeiter abgewendet worden. Die am Sonntag vormittag im „Friedensweg“ von der Ortsverwaltung des „Deutschen Eisenbahner-Bundes“ abgehaltene Massenversammlung hat sich mit 4788 Stimmen gegen den Streik entschieden. Für den Streik wurden nur 770 Stimmen abgegeben. 346 Versammlungsteilnehmer enthielten sich der Abstimmung.

Die deutsche Regierung gegen polnische Truppenlandung in Danzig.

Wib. Berlin, 20. März. Nach Sinn und Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November ist die deutsche Regierung in keiner Weise verpflichtet, in Danzig polnische Truppen landen zu lassen. Die deutsche Regierung wird am Grund des Artikels 16 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November stets darauf bestehen, polnische Truppenlandungen in Danzig nicht zuzulassen.

Wib. Berlin, 20. März. In der Vollziehung der Waffenstillstandsabkommens vom 11. März wies General v. Hammerstein darauf hin, daß die deutsche Regierung ihren Standpunkt in der Frage der Landung polnischer Truppen in Danzig wiederholt kundgegeben hat. Artikel 16 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 habe dem Verbands nicht das Recht, die Landung der polnischen Truppen in Danzig zu verlangen. Aus zahlreichen Mitteilungen geht hervor, daß die dortige polnische Minderheit die Landung als Signal betrachtet werde, um Unruhen und Agitationen zu beginnen. Hammerstein betonte ferner, daß gegenwärtig in Danzig und in Westpreußen Ruhe herrsche.

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs.

Berlin, 21. März. Die heute in dem Verfassungsausschuß der deutschen Nationalversammlung in Weimar debattierte angenommen, von sämtlichen Parteien eingetragene Erklärung zum Anschluß Deutsch-Oesterreichs wird in den amtlichen Kreisen warm begrüßt. Die in ihr ausgesprochene Erwartung, die Anschlußverhandlungen möchten tunlichst beschleunigt werden, entspricht durchaus den Wünschen der Reichsregierung. Der Schluß der Entscheidung, in der erklärt wird, daß die deutsche Reichsregierung der Zustimmung des ganzen Volkes fähig sei, wenn sie bei den Verhandlungen auf die besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutsch-Oesterreichs Rücksicht nehme, gibt der deutschen Regierung die Gewissheit, daß sie bei Durchführung der von ihr schon bisher hinsichtlich Behandlung der ganzen Materie beobachteten Gesichtspunkte die Vertreter des deutschen Volkes geschloßen hinter sich hat.

Für die Ausfahrt der Lebensmitteltschiffe.

Hamburg, 21. März. Die Abstimmung in der Seemannsversammlung, die von etwa 5000 Seeleuten besucht war und in der endgültig Stellung genommen werden sollte zu der Ausfahrt der Lebensmitteltschiffe, ergab 1770 Stimmen für und 804 Stimmen gegen die Ausfahrt der Schiffe, demnach hat die größere Mehrheit der Besucher sich der Stimme enthalten. Das Resultat wurde mit lebhaftem Bravo gegen den vorgeschlagenen Widerspruch angenommen. Der Vorsitzende betonte, daß sich nach der Abstimmung die Minderheit der Mehrheit zu fügen habe. Sodann erklärten die Vertreter des Seemannsbundes, Schmel und Ganser, daß sie den Austrag hätten, mitzutellen, daß Emben, Bremer, Bremerhaven, Lübeck, Flensburg und Nordenham sich gegen die Beteiligung an der Ausfahrt der Schiffe ausgesprochen hätten und wohl bei ihrem Reife bleiben werden.

Selbstkilling der Westpreußen.

Es verlautet, daß in Westpreußen eine derartige Selbsttötung über den besetzten polnischen Einmarsch besteht, daß mit einem bewaffneten Widerstand die Selbsttötung zu rechnen ist. Aus den Dörfern gehen die Reichsregierung, deutschen Regierung und der Waffenstillstandskommission fortgesetzt eine große Anzahl von Telegrammen zu, in denen die Selbsttötung über den Abbruch der Verhandlungen mit den Polen ausgesprochen wird. Hunderte von Gemeinden versagen wiederholt, daß sie deutsch bleiben wollen, und daß sie in den Polen ihren Todfeind sehen.

Pflicht der Regierung ist es, den bedrängten West- und

Ostpreußen in ihrem schweren Kampfe gegen polnische Gewalt militärische und diplomatische Hilfe zu gewähren.

Regierungswachmannschaften gegen einen neuen Generalstreik.

Berlin, 20. März. Für den von Spartakus und den Unabhängigen angeführten neuen Generalstreik hat die Reichsregierung alle erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Allein vor Berlin sind mehr als 30 000 Mann zuverlässige Regierungstruppen zusammengezogen. Auch für die übrigen norddeutschen Großstädte liegen, falls der Generalstreik durch den Spartakusklub diesmal allgemein werden sollte, genügend starke Regierungstruppen zur Verfügung, die sowohl Ruhestöße wie Unruhen verhindern werden. Eine Abhörung von Wasser- und Lichtleitungen in den Großstädten wird durch die technischen Truppen in allen Fällen unentbehrlich gemacht werden können. Nach den von den Militärs erzwungenen Verpflichtungen dürfen Lebensmittel an die Streikenden bereits diesmal in keinem Falle mehr ausgegeben werden.

München, 20. März. Die Kommunisten haben in den letzten Tagen weitere 700 Waffen, die in ihrem Besitz waren, an ihre Anhänger ausgegeben. Die Kommunisten fordern weiter in Flugblättern ihre Anhänger auf, sich zur Teilnahme am Generalstreik für ganz Deutschland bereitzustellen. Zahlreiche Bürgerfamilien verlassen München.

Schlesischer Heeresbericht.

Bei Jülichsthal nordwestlich Kempen Patrouillengeplänkel, das von polnischer Seite herausgefordert wurde. Feindliche Patrouillen griffen den Polen bei Jülich. Nischen, den Ort Oberwiesenthal und Bahnhof bei Zuckersdorf an. Bei Nischen auf einer Höhe aufstehende Patrouillenlinie eines feindlichen leichten B.-G. bewiesen handgreiflich eine Verletzung der festgelegten Demarkationslinie durch die Polen. Im Abschnitt Landesbus bei Lichpörsdorf und in der Gegend des Schichtenberges Patrouillengeplänkel.

Nachrichtlich wird gemeldet: Eine harte polnische Patrouille rief in der Nacht vom 20./21. 3. unter Bruch des Waffenstillstandsabkommens gegen unsere Postierungen nordwestlich Kempen vor. Sie wurde durch die Wachmannschaft unserer Seite rechtzeitig erkannt und im Gegenstoß zurückgeworfen.

Unter Bruch des Waffenstillstandsabkommens gingen wiederum an mehreren Stellen polnische Patrouillen gegen unsere Postierungen in Gegend Poln. Gelmisch und bei Kempen vor. Sie wurden überall abgewiesen.

Nordlich Müllisch besetzten die Polen auf der Straße nach Gadowitz ein feindliches Zivilisierwerk. Feindliche Vorpostenlinie werden in letzter Zeit häufiger gemeldet.

General-Kommando VI. A. R.

Polnische Vertreibung.

Von amtlicher Seite wird die beabsichtigte Ausreise eines Gastwirts aus der Gegend von Schneidemühl bekannt gegeben, die in ihren wesentlichen Zügen wie folgt lautet:

Am 28. Januar belegten ungefähr 200 Polen das Dorf Z. Die Gegend des Gastwirts war mit ihren Kindern in den Keller geflohen. Mehrere Soldaten drangen ihr nach und schlugen sie mit dem Gewehrkolben gegen den Kopf mit solcher Wucht, daß sie blutüberströmt zusammenbrachen. Bei der Durchsuchung des Hauses wurden fast 100 Alter verführbarer Schmäpfe, sowie das gesamte Wein- und Jägerlager geraubt. Der Schreibstisch des Gastwirts wurde zerbrochen und sein Inhalt, bestehend aus mehreren Herren- und Damenringen, Ketten, Ringen und anderen Wertgegenständen, mitgenommen. In der Vorratskammer beschlagnahmte man das reichhaltige Lager an Wurst und Speck und schließlich fast man noch 3000 Mark in Banknoten.

Schlummer noch aber wüteten die Polen an anderen Stellen des Dorfes. Der 68-jährige Zubojk Zepfaff wurde mit dem Roßlen in grauer Haut weite verkleinert und teilweise geschlagen. Sämtliche Knochen waren ihm zerbrochen. Der 42-jährige Besitzer Guard Trop wurde zuerst angefohlen, daß er zusammenbrach. Da er aber nicht gleich tot war, ließ man ihm das Bajonett von der Seite in den Hals und rief es nach vorn durch, jedoch Speise- und Luststoffe durchschnitten wurden und nach außen standen. Der 45-jährige Besitzer Wilhelm Schalk wurde schwer verletzt.

Die Polen wollten am nächsten Morgen wiederkommen und das ganze Dorf in Brand stecken. Der Ausländer ist mit seiner Familie aus Z. geflohen und mußte seine ganze Habe und sein Vieh zurücklassen. Er ist durch den räuberischen Einfall der Polen um sein ganzes Hab und Gut gebracht worden.

Polnische Vertreibung.

Aus einer dienstlichen Meldung eines der Grenzschutzbataillone geht folgender haarsträubender Fall polnischer Bestialität hervor: Am 13. Februar ereignete sich bei einem Wäldchen bei Kreis Wollstein, einem Mann von 55 Jahren, eine polnische Patrouille um eine Hausung vorzunehmen. Nachdem im Hause das unterste auf oberst gelegt und manches Stück des Grundes beschlagnahmt oder zerstört worden war, behauptete der Führer der Patrouille, ein Unteroffizier, auf dem Boden verstreut, daß sich in seinem Hause niemals Waffen oder Munition befanden hätten und wies darauf hin, daß er mit einer dergleichen Handgranate wohl auch wenig hätte ausrichten können. Er wurde aber verhaftet und in einem Wagen nach Z. verschleppt. Unterwegs wurde er beschimpft, eine Frau rief ihm zu: „Sie deutschen Schweine wird der Zerkel bald gefressen haben, und die Soldaten mißhandeln ihn mit ihren Gewehren derart roh, daß er schließlich aus mehreren Kopfunden bluten, in Dymnack stirbt.“

Da die polnische Kommandantur in Z. die Annahme des Schwerverwurdes verweigerte, wurde er nach dem Krankenhaus transportiert, wo im Weizen einer großen Volksmenge in polnischer Sprache lang verhandelt wurde. Natürlich wurde er auch hier auf Roßbeise beschimpft. Schließlich schrien den ritterlichen Polen die Landsknechte mit ihrem blutenden Opfer doch zu groß zu werden. Der polnische Soldat Bogner, der aus dem Orte Z. kam, nahm ihn Gewalt und rief: „Damit Du deutscher Hund ganz tot bist“, und gab auf ihn einen Schuß ab. Der R.-G.-Leutnant wurde nur den rechten Oberarm. Der Gefreite stellte sich tot, wurde nun von 2 Mann aus dem Orte gepackt,

auf einen Wagen geladen und nach dem evangelischen Kirchhof gefahren. Dort lud man ihn ab und warf ihn einfach über den Zaun, nachdem man die bemerkliche Reiche noch festsitzig ausgetrieben hatte. Der Unglückliche lag einige Zeit hilflos, bis er sich soweit erholt hatte, daß er sich mühsam nach dem Krankenhaus schleppen konnte, wo ihm die erste Hilfe zuteil wurde. Er befindet sich jetzt zur Heilung seiner Verletzungen im Festungs-Lazarett Slogau.

Zwischenfall auf dem Bahnhof Königs.

Die Polen verbreiten bekanntlich fortgesetzt durch Zerstörungen und in ihrer Policy Blamagen die über die Vordänge am Bahnhof Königs. Polnische Weisen sollen dort mit Stöcken und Säbeln verprügelt worden sein, daß zahlreiche Polen dabei sofort den Tod gefunden und fast alle anderen später an ihren Wunden gestorben sein. Die Deutschen hätten danach an die beschlossenen Wagen geklopft und deren Insassen angegriffen; niemand habe indessen geantwortet, wahrheitsgemäß, „weil die Wehrkraft tot war.“

Diesen aufgeschauelten Angaben gegenüber sei auf Grund einflussiger Bekundungen, die an amtlicher Stelle vorliegen, folgendes festgestellt:

Angehörigen aus der Ukraine zurückgeführten sibirischen Transporten bemerken auf dem Königs Bahnhof einen Zug mit polnischen Gefangenen, die entweder mit der Waffe in der Hand angetroffen waren oder in hochverräterischer Weise in Deutschland Propaganda getrieben hatten. Unter diesen Polen befanden sich Arg-Brüder des Infanterie-Regiments 49 (Osnen), dessen polnische Mannschaften der Kämpfe in der Ukraine ihre deutschen Kameraden gegenüber höflichkeitsvoller Wanden schwächlichen verraten hatten und ihnen in den Wänden gefallen waren, so daß es nur einem Teil der Deutschen gelungen war, sich unter anstrengenden Mühen und unter Verlust ihrer eigenen Habe und eines großen Teiles ihrer Bewehrung nach der Heimat durchzuschlagen. Zu den Verrätern gehörten jene aus der Ukraine heimkehrenden Sibirier, die in Königs auf den polnischen Gefangenentransporten saßen. Daß die But der Deutschen beim Weiterfahren dieser Verräter bis zur Siebelsche Kugel, ist wenigstens und erklärlich. Bei dem erwähnten kurzen Handgemenge, das die Bahnpostwache nicht sofort zu verhindern vermochte, wurden zwei ältere polnische Männer, die sich dazwischen geworfen hatten, verarztet, verlegt, daß sie später den Verletzungen erlagen. Entgegen der polnischen Behauptung, daß ein weiterer großer Teil der Gefangenen an den Wunden gestorben sei, ist jedoch nachdrücklich zu betonen, daß sonst kein einziger Pole dieser Schlägerei zum Opfer gefallen ist. Selbst der „Jahreslyk Wygozki“ kann nur die Namen der beiden anderen polnischen Leute nennen, die anlässlich der Vordänge auf dem Bahnhof Königs ihren Verletzungen erlagen. Ein Teil der anderen Insassen des Wagens vermochten bei der langsame Fahrt des Zuges vor Wärschbude (Wohnplatz zwischen Schneidemühl und Kreuz) in der Dunkelheit durch die Lücken des Güterwagens zu entweichen. Diese Leute haben dann allerdings auf die Rufe der Deutschen nicht mehr antworten können, — aber nicht — weil die Mehrzahl tot war.

Der bolschewistische Propaganda-Einsatz in Polen.

Wie aus Wilna gemeldet wird, sind die Bolschewiken in Polen und Litauen nach Warschau abgereist, um bolschewistische Propaganda in Polen zu betreiben.

Da Wilna fast kurzum das Hauptquartier der Lenin und Trotski und die Zentrale der bolschewistischen Agitation ist, so scheint diese Nachricht besagen zu wollen, daß der bolschewistische Propaganda-Einsatz in Polen den obersten Dringlichkeiten trotz aller Bemerkenswerten Erfolge bisher zu langsam voranzugehen ist und daß die beiden Abteilungen jedenfalls den Auftrag haben, ihn einer durchgreifenden Neuorganisation und Verstärkung zu unterziehen.

Notales.

?? Rastlau, 24. März. (Im Volkshilfsverein) sprach am vergangenen Donnerstag Herr Dr. Alfred Mann aus Breslau über die nationale Einheitschule. In scharfer, formvollendeter und anschaulicher Darstellung führte der Redner vor allem den Begriff derselben zu entwickeln, und er legte ihn in einer Reihe von Punkten fest. Diese enthielten aber mehr die Zielsetzung, die innere Einheitschule und das nationale Gedränge der neuen Volkserziehung betreffend. Das sind Fragen, die für die Einheitschule bereits in sich abgeschlossen haben, von größter Wichtigkeit sind. Die Organisationsfrage aber, die sich aus dem Gegenstand zu unserem heutigen Schwelgen ergibt und die den Laien besonders interessiert, wurde kaum gestreift. Aus der Organisationsfrage geht aber auch der wichtigste Begriff der Einheitschule hervor, eines Schulsystems, bei dem die mannigfaltigen Schulgattungen nicht voneinander und schließlich nebeneinander stehen, sondern vielmehr organisch miteinander verbunden, ineinander greifen und miteinander arbeiten zum Wohle des Volksganges. Bei allem Genuß und Reizen, den die Zuhörer gefaßt haben, werden sie doch darum kaum ein Gefühl der Befriedigung mit nach Hause genommen haben. Deutlich las man von einzelnen Gesichtern das Wort:

„Da sieh ich nun, ich armer Tor, und bin so klug als wie zuvor.“

Für den aber, dem der äußere Aufbau nichts Unbekanntes mehr ist, denen die Ausführungen des Redners über den inneren Aufbau der Einheitschule sehr ergiebig waren. Ganz besonders treffend war die Abfertigung des Einwandes, daß die Schule für das verarmte Deutschland ein Ding der Unmöglichkeit ist. Gerade unsere Armut wird uns zur Einführung dieser Schule zwingen. Wie das der Redner zeigte, war überzeugend und selbst zureichend. Und nun noch ein Wort zu der kurzen Ansprache am Schluß. Es ist richtig, daß die Einheitschule — als Ziel betrachtet — erst in Jahren, in Jahrzehnten kommen wird. Als Aufgabe oder kommt sie für uns mit dem Tage, wo sie der Volkserzieher fordert. Daß diese Zeit gar nicht mehr fern ist, erhebt man daraus, daß alle Parteien mit nur einer Ausnahme sich in ihrem Programm haben. In verschiedenen deutschen Landes- und Städten hält sie mit dem 1. April bereits ihren Einzug. Wo aber noch Hindernisse sind, wird sie diese Kraft der ihr innewohnenden Güte überwinden.

Kontrollarten sind vorzulegen.
Der ange setzte Zeitraum ist inne zu halten.
Ramslau, den 24. März 1919.

Betrifft: Kreiswehr.

Die Ausgabe der Armbinden für Kreiswehr Namslau-Böhmitz findet am Mittwoch, den 26. März nachm. von 8-6 Uhr gegen Vorlegung des Ausweises im Kreisbau, Langstr. 2, Zimmer 4 statt.
Namslau, den 24. März 1919.

Kreiswehr Namslau-Böhmitz.

General-Versammlung

der
Deutschnationalen Volkspartei
(Ortsgruppe Namslau Stadt)

Freitag, den 28. März 1919, abends 8 Uhr
im großen Saale des Hotel Grimm.

Alle deutschnationalen Wähler und
Wählerinnen werden um vollständiges Er-
scheinen dringend gebeten.

Der Vorstand.

Dienstag, den 25. März, abends 8 Uhr
findet bei Weber ein

Diskussions-Abend

statt.

Sozialdemokratischer Verein Namslau.

konstituierende Generalversammlung

der wirtschaftlichen Vereinigung

findet am Sonntag, den 30. März 1919, nachm. 4 1/2 Uhr
im Saale des Herrn Schwunke statt.

Alle Landbewohner, insbesondere die Arbeitnehmer,
welche einsehen, daß zwischen dem Arbeitsverdienst und dem Er-
lös der landlichen Produkte ein unmittelbarer Zusammenhang
besteht und alle Freunde der Landwirtschaft, die begreifen, daß
das Wohl und Wehe der Städte mit der Landwirtschaft steht
und fällt, sind eingeladen.

Punkt 2 der Tagesordnung: Die Wahl zum Kreistage.
Brand. Rudolf Freiherr v. Seydlitz-Kurzbach.

Volksbildungsverein.

Montag, den 21. März, abends pünktlich 8 1/2 Uhr
spricht im Saal des Herrn Grimm über

„Völkerbund und Weltanschauung“

Herr Dr. Alfred Koeppen,
Dozent der Humboldt Akademie in Berlin.

Eintritt frei für jedermann.

Der Vorstand.

Schuhmachermeister

Christian Wotinas

im Alter von 77 Jahren.

Dies zeigen um stille Teilnahme bittend an

Namslau, den 23. März 1919

die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Mittwoch nachmittags 4 Uhr
vom Trauerhause.

Für die meinem geliebten Manne entgegen-
gebrachte Liebe und Verehrung und für die
vielen Beweise treuen Gedenkens und herz-
licher Teilnahme, die mir bei seinem Heim-
gange zu teil geworden sind, sage ich zugleich
im Namen aller Hinterbliebenen meinen herz-
lichsten Dank.

Altstadt 6. Namslau, im März 1919.

Frau Hanna Lichte

geb. Scholz.

Zurückgekehrt

Dr. Nerlich.

Montag, den 7. April er. nachm. 8 Uhr wird die

Stellmacher- und Böttcher-Zunftung des

Oster-Quartals

bei Herrn Lorenz, Brauerei abgehalten.

Anmeldungen zum Prüfen müssen alsbald bei dem Unter-
zeichneten angemeldet werden.

Jendretzke, stellv. Obermeister.
Obfchau.

Verkaufe für Meißelgebote:

15 Eschenstämme (Schirrhoh)

u. 20 m Erlen-Scheitholz.

Dom. Damnig,

St. Namslau.

Corbin, Uspulum

als Saatbeize empfiehlt zu Fabrikpreisen.

Oscar Tietze, Germania-Drogerie.

1 Krone für Petroleum und Kerzen

1 großer Phonograph mit 80 Wahlen,

1 großer eiserner Waschkessel,

2 eiserne Oefen,

Bilder,

1 Hängelampe für Petroleum zu verkaufen.

Zu erfragen in der Expedition d. Bl.

Seit länger als 10 Jahren werden

Lehmdrahtbauten D. R. P.

an Stelle von Ziegelsteinbauten mit größtem Erfolge
ausgeführt.

Vorzüge: Unabhängigkeit vom Ziegelmaterial;
größere Billigkeit gegenüber dem letzteren; Bauten
aus Lehm sind im Sommer kühler, im Winter wärmer.

Aleinvertreter für den Kreis Namslau:

Sofmauermeister Fritz Türke,

Bernstadt.

Auf Dom. Wind. Marchwitz deckt der

aus Oldenburg importierte Hengst

Schwarzbraun, 3 Jahre alt, 1,72 m groß. De-
geld 25 M., 1 M. Stallgeld. Deckzeit 7-9
und 4-5 Uhr, vom 1. April 7-8 Uhr.

Ein gut erhaltener

Flügel

ist ungesch. preiswert zu ver-
k. Anfr. an die Expedition.

jeden Hofen ausgekämmt

Frauenhaar zu annehmbaren
Preisen.

Höpfe werden in jeder Preis-
lage angefertigt.

Fertige Höpfe sind am Lager.

Ernst Gebel,
Kraiser Str. 12.

2 1/2 m lang 1 m breit zu laufen
geht. Von wem in der Ex-
pedition d. Bl. zu erfahren.

Ein gut erhaltener

Getreidemäher

steht zum Verkauf bei

Schubert, Dt. Marchwitz.

Eine Drehrolle

steht zum Verkauf

Braugasse 7.

1 Kinderklappstuhlchen

sofort zu kaufen geht.

Offerten an die Expedition.

Mehrere

Subren Dünger

hat abzugeben

C. Kricke,
Zimmermeister.

Hub. Breuer's

Original-Salzipf-

Pergamentpapier

zum Verbinden von Ge-
fäßen empfiehlt

Buch- u. Papierhandlung

O. Opitz.

20 Mark Belohnung

zahlt jg. Kaufm. f. Beschaffg.
gut möbl. Zimmers m. od. ohne
Bens. f. jg. od. 1. 4.

Zu erfr. i. d. Expedition.

Grimms Hotel, Namslau: Donnerstag, 27. März,

abends 7 Uhr:

Bunter Operetten-Abend Breslauer Künstler.

Leitung: Margs Reisch vom Breslauer Stadttheater.

Lotte Albany, vom Heimatsfront-
Heater, Soubrette.

Friedel Blümling Sängerin.

Edly Wilson, Sängerin.

Hedel Karawen, Baute.

Kollmacezen u. Tänze aus Operetten,
Komische Stücke aus Lust- etc.

Preise der Plätze: I. Pl. 2.25, II. Pl. 1.75, III. Pl. 0.75 M.
im Vorverkauf bei Kaufm. Sailer, Namslau, 25. März 1919.

Nachm. 4 1/2 Uhr: Ein fröhlicher Nachmittags für die Jugend:
Struntpeterchen, Kinderkranz u. Kinder zur Vante, Märchenmärzli.

Preise der Plätze: I. Pl. 60 Pfg., II. Pl. 45 Pfg., Erwa. 1 M.
Reisneröffnung 4 Uhr. Vorverkauf nur bei Sailer Namslau.

In meinem Kolonial-Waren-
Geschäft findet ein Knabe mit
guter Schulbildung aus an-
ständiger Familie als

„Gullasch“

Konserven-Gleisch

Dofe 500 gr Mt. 7.25, eignet
sich auch als Brotaufschlag.

H. Kristin.

1 neues Cement-
Brunnenrohr

100 cm Durchm., 75 cm hoch,
verkauft Maskos.

Edeler junger schwarzer
Feldhund oder Terrier

zu kaufen geht.

Frau von Willert,
Buchholz d. l. bei Namslau.

Schott. Schäferhund

zugekauft. Abzuholen gegen
Erstattung der Unkosten in der
Stadtforsterei.

Gold gegen monatliche
Rückzahlung verleiht

R. Calderarow, Samkura 5.

1 Schuhmachergehilfe

kann sich melden bei

K. Robotta.

2 Lehrlinge,

welche Lust haben, Maler zu
lernen, können sich bald melden.

B. Bachmann,
Malermeister.

1 Lehrling

kann sich melden. Stellmacher-
meister Jendretzke, Obfchau.

Suche bringend 3. 2. April

1919 Mädchen Stuben- und
Küchenmädchen u. a. Aushilfs-
Thomas Stannek, gew.

Stellenvermittl., Namslau Peter-
Baustr. Nr. 6, Telefon 280.

Für mein Kolonialwaren-
geschäft suche bald oder später

einen Lehrling.

Rob. Liehr.

Einen Laufburschen

oder Mädchen

sucht sofort

Apotheke Namslau.

Eine Frau

oder Mädchen

per 1. April 3. Bedienung gesucht.

Frau Holz, Mittelstr. 5.

Ein Dienstmädchen

für Landarbeit sucht

Maskos.

4-6 Zimmerwohnung

für 1. 7. 19 gesucht

Lachmund, Dentist.

Suche eine

3-Zimmerwohnung

womöglich mit Garten zu
mieten.

Oskar Philipp,
Rentier.